

Christian-Albrechts-Universität zu Kiel  
Historisches Seminar  
Hauptseminar: Der Erste Weltkrieg: Von den Ereignissen zur Repräsentation.  
Dozent: Prof. Dr. C. Cornelißen  
Wintersemester 2009/2010

# **DER UNEINGESCHRÄNKTE U-BOOT-KRIEG**

**Unkalkuliertes Risiko oder risikoreiches Kalkül?**

**Das Deutsche Reich und der Kriegseintritt**

**der USA in den Ersten Weltkrieg.**

# Inhaltsverzeichnis

1. Einleitung .....	1
2. Historischer Abriss .....	2
2.1 Die erste Offensive – Februar bis September 1915.....	5
2.2 Die zweite Offensive – Februar bis April 1916 .....	7
2.3 Die dritte Offensive – Oktober 1916 bis Januar 1917.....	9
2.4 Die vierte Offensive – ab Februar 1917 .....	10
3. Unkalkuliertes Risiko oder risikoreiches Kalkül?.....	11
3.1. Antworten in der Forschungsliteratur .....	12
3.2. Antworten in den Quellen .....	17
3.2.1. Die Protestnoten der Vereinigten Staaten von Amerika .....	17
3.2.2. Botschafter Johann Heinrich Graf von Bernstorff .....	18
3.2.3. Kanzler Theobald von Bethmann Hollweg.....	20
3.2.4. Die Militärs .....	22
3.2.5. Der Kaiser .....	25
3.3. Der 9. Januar 1917, Großes Hauptquartier, Pleß.....	26
4. Fazit.....	28
5. Literaturverzeichnis.....	29

# 1. Einleitung

Vor bald 100 Jahren brach in Europa ein Krieg aus, dessen Ausmaße alles bis dato Bekannte in den Schatten stellen sollte – ein regelrechter Weltkrieg, und zwar der erste.

Dieser Krieg sollte auf vielen Gebieten neue Maßstäbe setzen, und einer davon war der Einzug moderner Technologien in das Kriegsgeschehen. Luftschiffe, Flugzeuge und Panzer gehörten dazu, nur um einige der größeren Neuerungen zu nennen. Doch unter ihnen befand sich auch eine Waffe, deren Schrecken und Faszination, wie keiner zweiten, bis heute anhält: das Unterseeboot.

Bis zum Ersten Weltkrieg war das U-Boot eine wenig beachtete Waffe, auch wenn sich deren Entwicklung und Einsatz bereits Jahrhunderte in die Vergangenheit zurück erstreckte. So fehlte den kriegführenden Staaten auch jegliche Erfahrung im Umgang mit dieser Waffe, ganz zu schweigen von völkerrechtlichen Regelungen.

Diese, von allen Seiten weitestgehend unterschätzte Waffe, sollte von dem Deutschen Reich wie von keiner zweiten Nation zum Einsatz gebracht werden. Ihre Möglichkeiten und Erfolge überraschten das Kaiserreich und auch die Alliierten in hohem Maße. Und während die einen sich des Potentials dieser Waffe vollends bedienten, hatten die anderen Schwierigkeiten, geeignete Abwehrmaßnahmen zu treffen.

Die Kriegsführung mit U-Booten stellt für jeden Feind eine bedeutende Bedrohung dar, ihre immense Gefährlichkeit liegt in ihrer Unsichtbarkeit. Doch wie jede Waffe muss sie mit Umsicht und Verantwortung eingesetzt werden. Bis heute scheiden sich jedoch die Geister über den Einsatz der U-Boote durch das Deutsche Reich im Ersten Weltkrieg. Stein des Anstoßes ist dabei nicht jedoch ihre generelle Verwendung gegen militärische Ziele, sondern jene gegen die zivile Schifffahrt.

Eingeschränkter, verschärfter oder gar uneingeschränkter U-Boot-Handelskrieg: Die Art und Weise, mit der das Kaiserreich diese Waffe führte, sollte nicht nur dem Feind Sorgen bereiten, auch innerhalb der deutschen Führung, zwischen Kaiser, Kanzler und Militär, kam es zu heftigen Diskussionen um den richtigen Einsatz der U-Boote. Von der Entscheidung der deutschen Führung in dieser Frage hing ein möglicher Kriegsbeitritt der Vereinigten Staaten von Amerika auf Seiten der Entente ab. Ob, und in wie weit sich die Deutschen darüber bewusst waren, das soll Thema der folgenden Seiten sein.

## 2. Historischer Abriss

Bei Kriegsbeginn 1914 rechnete man im Deutschen Reich allgemein mit einem kurzen Krieg, so dass auch die Planungen entsprechend waren.<sup>1</sup> Den Mangel an strategischen Reserven von Rohstoffen und Nahrungsmitteln für einen längeren Krieg sollte durch die seit dem Kriegseintritt der Briten errichtete Seeblockade Deutschlands noch gravierend verschärft werden. Großbritannien hatte praktisch alle kriegswichtigen Güter und Rohstoffe zu Konterbande erklärt und Deutschland damit quasi vom gesamten Überseehandel abgeschnitten – für einen modernen Industriestaat, welcher auf Importe angewiesen ist, eine katastrophale Entwicklung. Und so sollte die britische Seeblockade im Verlauf des Krieges zum Katalysator für eine Entwicklung im Deutschen Reich werden, die schließlich, nach allgemeiner Auffassung, zum Kriegseintritt der USA auf Seiten der Entente führte: der Weg vom Handelskrieg mit U-Booten nach Preisordnung über den verschärften hin zum uneingeschränkten U-Boot-Handelskrieg.

Zu Beginn des Krieges spielte die U-Boot-Waffe für die deutsche Kriegsführung noch eine sehr untergeordnete Rolle.<sup>2</sup> Alfred von Tirpitz, maßgeblich verantwortlich für die massive deutsche Flottenrüstung, hielt nicht viel von der neuen Waffe. So wurde dem U-Boot-Bau vor dem Krieg kaum Beachtung geschenkt, und noch während des Krieges, als die U-Boote ihre Effektivität bereits bewiesen hatten, wirkte Tirpitz bremsend auf den Ausbau der U-Boot-Waffe ein.<sup>3</sup> Umso erstaunlicher ist die Tatsache, dass die unterschätzten und von Verfechtern einer starken deutschen Hochsee-Schlachtflotte abgelehnten U-Boote letztlich von der Marine, der Obersten Heeresleitung und der Öffentlichkeit zum kriegsentscheidenden Mittel stilisiert wurden. Die Befürworter des uneingeschränkten U-Boot-Handelskrieges sollten Recht behalten, denn einen kriegsentscheidenden Einfluss gewannen die deutschen U-Boote durchaus, wenn auch zum Nachteil für das Deutsche Reich.

Bei Kriegsbeginn war die deutsche U-Boot-Waffe also noch entsprechend schlecht ausgebaut und entwickelt. Doch das Potential dieser Waffe sollte sich schon sehr bald zeigen. Anfang August 1914 liefen die ersten U-Boote zu ihrem Kriegseinsatz mit dem

---

<sup>1</sup> Heitmann, Jan: Unter Wasser in die Neue Welt. Handelsunterseeboote und kaiserliche Unterseekreuzer im Spannungsfeld von Politik und Kriegsführung. Berlin, 1999. S. 7.

<sup>2</sup> Schröder, Joachim: Die U-Boote des Kaisers. Die Geschichte des deutschen U-Boot-Krieges gegen Großbritannien im Ersten Weltkrieg. (Subsidia Academica, Reihe A, Band 3) Lauf a. d. Pegnitz, 1999. S. 56.

<sup>3</sup> Schröder: U-Boote des Kaisers. S. 29.

Befehl aus, die feindliche Flotte aufzuklären und militärische Ziele anzugreifen. Auf Anfrage der USA, wie die kriegführenden Mächte mit der Neutralen Schifffahrt umzugehen gedenken, antwortete das Deutsche Reich, dass es sich an die Beschlüsse der Londoner Konferenz von 1908 halten werde, das geltende Völker- und Gewohnheitsrecht dementsprechend respektierend. Großbritannien dagegen verkündete eigenmächtige Änderungen der Beschlüsse zu eigenen Gunsten. Es sollte in diesem Krieg nicht das letzte Mal gewesen sein, dass die Briten die Regeln des Seekrieges ihren Vorstellungen anpassten. Die deutschen U-Boote hatten sich dagegen im Umgang mit der Handelsschifffahrt strikt an die Prisenordnung zu halten, ein Angriff auf feindliche Kriegsschiffe unterlag derweil völkerrechtlich keinen Einschränkungen. Und so stellte sich anfangs die Frage nach der Prisenordnung kaum, da sich die Operationen der Boote in erster Linie gegen die feindliche Kriegsflotte richteten.

Am 5. September 1914 versenkte *U-21* als erstes deutsches U-Boot ein britisches Kriegsschiff, den Kreuzer *Pathfinder*. Kaum mehr zwei Wochen später gelang *U-9* in kürzester Zeit die Versenkung von drei britischen Panzerkreuzern. Die bis dahin unterschätzte U-Boot-Waffe hatte nun eindrucksvoll bewiesen, wie schlagkräftig sie tatsächlich war. *U-21* und *U-9* legten mit ihren Erfolgen den Grundstein für die nationale U-Boot-Begeisterung im Deutschen Reich und die Militärs begannen das Potential der neuen Waffe zu erkennen.<sup>4</sup> Der Führer der Unterseeboote, Korvettenkapitän Bauer, forderte unter dem Eindruck der vielversprechenden Erfolge seiner Boote dann auch zum ersten Mal die Aufnahme des Handelskrieges mit U-Booten als Vergeltungsmaßnahme für die Minensperren der Briten. Doch bis zu diesem Schritt sollte noch etwas Zeit vergehen. Bis dahin gelangen den deutschen U-Booten weitere Erfolge gegen feindliche Kriegsschiffe. Der Angriff von *U-9* auf einen britischen Kreuzer in *Scapa Flow* verlief zwar erfolglos, doch zeigten sich die Briten sehr beeindruckt und von den Fähigkeiten deutscher U-Boote so überrascht, dass sie aus Sorge um ihre Flotte die schweren Einheiten zeitweilig zurückzogen und ihre Blockadelinien weiter auf das Meer hinaus verlegten.

Am 20. Oktober 1914 begann dann mit der Versenkung des britischen Dampfers *Glitra* durch *U-17* nach Prisenordnung der Handelskrieg der deutschen U-Boote gegen Großbritannien. Bis Ende Januar 1915 operierten deutsche Unterseeboote erfolgreich gegen militärische Ziele wie auch gegen Handelsschiffe, dabei jedoch stets unter

---

<sup>4</sup> Heitmann: Handelsunterseeboote. S. 38. & Schröder: U-Boote des Kaisers. S. 56.

Berücksichtigung der Prisenordnung. Der Admiralstab forderte nun die Aufnahme des Unterseehandelskrieges und stützte sich dabei auf wissenschaftliche Gutachten, die eine erfolgreiche Blockadewirkung der U-Boote auf Großbritannien prognostizierten. Anfang Februar 1915 entschied schließlich Kaiser Wilhelm II., mit Zustimmung des Kanzlers Theobald von Bethmann Hollweg, für den Beginn des Handelskrieges mit U-Booten. Das Deutsche Reich gab in einer Note an die neutralen Staaten, darunter auch die USA, bekannt, dass ab dem 18. Februar die Gewässer um die britischen Inseln als Kriegszone zu betrachten seien und dort mit der warnungslosen Versenkung feindlicher Handelsschiffe zu rechnen sei, also die Boote nicht länger nach der Prisenordnung vorgehen würden. Gleichzeitig wurden die Neutralen gewarnt, dass man für die Sicherheit ihrer Schiffe im Kriegsgebiet keine Garantie übernehmen könne. Militärs und Politiker hofften, dass die Neutralen aus Sorge um ihre Schiffe dem Kriegsgebiet fern blieben und somit der Handel mit Großbritannien zum Erliegen käme.

Knapp eine Woche nach der deutschen Note protestierten die USA in einer eigenen Note gegen das Vorhaben des Deutschen Reiches, gefolgt von Protestnoten weiterer neutraler Staaten mit dem Tenor, der U-Boot-Handelskrieg sei aus Sorge um neutrale Schiffe nicht zu tolerieren. Die USA drohten gar mit Konsequenzen, sollten amerikanische Schiffe und Bürger in Mitleidenschaft gezogen werden. Ab diesem Zeitpunkt hing die Gefahr eines ernststen Konfliktes mit den USA wie ein Damoklesschwert über den deutschen Überlegungen zu einem Unterseehandelskrieg. Gerade der Kanzler sah diese Gefahr nur all zu deutlich.<sup>5</sup> Er sollte in den nächsten Monaten und Jahren zum schärfsten Kritiker vor allem eines uneingeschränkten U-Boot-Krieges werden.

Die Proteste, besonders der USA, blieben nicht folgenlos. Deutschland signalisierte in einer Antwortnote Entgegenkommen, sofern Großbritannien wieder zu einer völkerrechtskonformen Seekriegsführung zurückkehre. Fortan standen sich im Deutschen Reich jedoch zwei Lager gegenüber: die Befürworter eines rücksichtslosen und uneingeschränkten U-Boot-Handelskrieges, hauptsächlich Militärs und die Öffentlichkeit, und die Gegner eines solchen Vorgehens gegen Großbritannien, hauptsächlich Mitglieder der Regierung und Politiker, allen voran Kanzler von Bethmann Hollweg. Zwischen diesen beiden Lagern stand der Kaiser als Oberbefehlshaber und letzte Entscheidungsinstanz. Befürworter und

---

<sup>5</sup> Schröder: U-Boote des Kaisers. S. 106.

Gegner waren zwingend auf seine Gunst angewiesen, um ihre Vorstellungen eines U-Boot-Krieges umzusetzen.

## 2.1 Die erste Offensive – Februar bis September 1915

Trotz Protesten der Neutralen und besonders der USA begann am 18. Februar 1915 offiziell der Handelskrieg mit Unterseebooten. Doch wie bereits erwähnt, zeigte die Deutsche Regierung Entgegenkommen. Der Kaiser befahl am ersten Tag der Offensive den U-Booten feindliche Handelsschiffe nur nach Prisenordnung zu versenken und neutrale ganz zu schonen. Nur in extremen Ausnahmefällen durften sie ohne Vorwarnung angreifen. Doch schon einen Tag später kam es zu einem ersten Zwischenfall, als der norwegische Dampfer *Belridge* versehentlich und ohne Vorwarnung torpediert und versenkt wurde. Zwar blieb dieser Vorfall ohne größere Konsequenzen für das Deutsche Reich, doch zeigte er deutlich die Gefahren auf, die mit dem U-Boot-Handelskrieg fortan verbunden sein würden.

Am 22. Februar erhielten die deutschen U-Boote wieder die Erlaubnis, alle feindlichen Schiffe ohne Warnung anzugreifen, neutrale jedoch durften nur nach Anwendung des Prisenverfahren versenkt werden und US- wie auch italienische Schiffe seien ganz zu verschonen, ebenso wie Lazarettsschiffe. Derweil hatte die Admiralität den britischen Handelsschiffen befohlen, unter neutraler Flagge zu fahren, vorzugsweise der US-amerikanischen. Am selben Tag veröffentlichten die USA eine Note an das Deutsche Reich und Großbritannien mit der Aufforderung, den Minen- und U-Boot-Krieg nach Völkerrecht und Prisenordnung zu führen. Weiterhin sollte Großbritannien den Flaggenmissbrauch unterlassen und wieder Lebens- und Nahrungsmittel für die deutsche Bevölkerung passieren lassen. Großbritannien beantwortete die US-Note nicht nur ablehnend, es wurde sogar eine Verschärfung der Seeblockade angekündigt.

In den folgenden Wochen wurden durch U-Boote nur sehr wenige feindliche Schiffe versenkt. Die neutralen Reedereien schreckten, entgegen den Erwartungen und Hoffnungen der deutschen Führung, nicht davor zurück, das Kriegsgebiet weiter zu befahren. Die britische Handelsschiffahrt war also zu dieser Zeit noch keiner ernsthaften Bedrohung ausgesetzt.<sup>6</sup>

---

<sup>6</sup> Schröder: U-Boote des Kaisers. S. 113.

Durch die voranschreitende Armierung der deutschen U-Boote mit Deckgeschützen gingen die Kommandanten vermehrt zum Vorgehen nach Prisenordnung über, selbst wenn auch ein warnungsloses Versenken möglich gewesen wäre, allerdings weniger aus völkerrechtlichen Bedenken als vielmehr aus Gründen der Praktikabilität. Der Einsatz des Deckgeschützes garantierte eher die Versenkung eines Schiffes als ein Torpedoangriff, zumal die Zahl an mitgeführten Torpedos, verglichen mit der der Munitionsmenge für das Geschütz, äußerst gering war. Dennoch wurden in dieser Zeit mehrfach versehentlich neutrale Schiffe ohne Warnung versenkt. Bei der Versenkung des britischen Dampfers *Falada*, welche sogar nach Prisenordnung erfolgte, aber unglücklich verlief, kam schließlich der erste US-Bürger auf See ums Leben. Am 18. April wurde auf allerhöchsten Befehl angeordnet, neutrale Schiffe bis auf Weiteres zu schonen, um weiteren außenpolitischen Schaden zu verhindern.

Am 7. Mai kam es dann jedoch zu dem ersten äußerst ernstesten Zwischenfall. Getaucht und ohne Vorwarnung torpedierte *U-20* das britische Passagierschiff *Lusitania*. Fast 1.200 Menschen ertranken, darunter 94 Kinder – und 128 US-Bürger. Obwohl der Kommandant von *U-20* gemäß seinen Befehlen korrekt handelte, und obwohl die *Lusitania* von den Briten als Hilfskreuzer geführt wurde und neben den Passagieren auch Kriegsmaterial transportierte,<sup>7</sup> war der außenpolitische Schaden für das Deutsche Reich enorm. Es folgte ein längerer Notenwechsel mit der Regierung der USA, in dessen Verlauf es der Deutschen Regierung vorerst gelang, schlimmeren Schaden von den Beziehungen zu den Vereinigten Staaten abzuwenden. Trotzdem kündigte Präsident Wilson an, im Falle einer erneuten Schädigung von US-Bürgern, dies als vorsätzlich unfreundlichen Akt zu betrachten. In Anbetracht der angespannt außenpolitischen Situation befahl der Kaiser am 1. Juni den U-Boot-Kommandanten besondere Vorsicht. So sollten sie eher ein feindliches Schiff schonen als ein neutrales versenken. Nur wenige Tage darauf kam ein weiterer, geheimer Befehl hinzu, nach dem alle feindlichen Passagierschiffe ausnahmslos zu schonen seien.

Noch bevor der Notenwechsel mit den USA zum *Lusitania*-Zwischenfall jedoch abgeschlossen und wieder eine stabiles außenpolitisches Verhältnis hergestellt werden konnte, ereignete sich erneut ein Zwischenfall. Am 19. August versenkte *U-24* den britischen Fracht- und Passagierdampfer *Arabic* – unter den Toten waren erneut drei Amerikaner. Zwar hatten die U-Boot-Kommandanten den Befehl, feindliche

---

<sup>7</sup> Schröder: U-Boote des Kaisers. S. 127f., S. 133.



Passagierschiffe zu schonen, eine einwandfreie Identifizierung war jedoch nicht immer möglich. Angeblich habe die *Arabic* sogar versucht, *U-24* durch Rammen zu versenken, woraufhin der Kommandant überhaupt erst die Versenkung per Torpedo angeordnet habe.<sup>8</sup> Unabhängig von den Details dieses erneuten Zwischenfalls geriet das Deutsche Reich wieder unter starken außenpolitischen Druck. Für Kanzler von Bethmann Hollweg war die Situation unhaltbar, da ein möglicher Kriegseintritt der USA von dem Verhalten eines einzelnen U-Boot-Kommandanten abhängen konnte<sup>9</sup>. Dennoch gelang es erneut, die außenpolitische Krise zu überwinden. Den U-Booten wurden als Konsequenz aus den außenpolitischen Entwicklungen im September neue Befehle gegeben, nach denen sie neutrale Handelsschiffe nur nach Prißenordnung zu behandeln hatten und feindliche Passagierschiffe ebenfalls immer nur nach vorheriger Gewährleistung der Sicherheit von Besatzung und Passagieren versenken durften<sup>10</sup>.

Die Marine, von den Einschränkungen des U-Boot-Krieges wenig begeistert, sah in dem Befolgen der Prißenordnung ein unakzeptables Hindernis für einen erfolgreichen Handelskrieg und eine große Gefahr für die deutschen U-Boote.<sup>11</sup> Die Tatsache, dass auf allen Schiffen Passagiere, also auch US-Bürger, mitfahren könnten, ließ in ihren Augen einen U-Boot-Krieg unter den derzeitigen Befehlen als unpraktikabel erscheinen. Am 22. September befahlen Flottenkommando und Marinekorps, als Konsequenz ihrer Einschätzung der Unhaltbarkeit eines eingeschränkten U-Boot-Krieges, die Einstellung des Handelskrieges um die britischen Inseln.<sup>12</sup> Während im Mittelmeer der Handelskrieg unvermindert fortgesetzt wurde, wurden die U-Boote im Kriegsgebiet um England praktisch nur noch gegen militärische Ziele eingesetzt. Damit war die erste Offensive im Handelskrieg gegen Großbritannien praktisch beendet.

## 2.2 Die zweite Offensive – Februar bis April 1916

Der innenpolitische Konflikt zwischen Befürwortern und Gegnern des uneingeschränkten U-Boot-Krieges im Deutschen Reich ging unterdessen weiter. Die Marine und sogar die Oberste Heeresleitung forderten vehement den Beginn einer neuen, uneingeschränkten U-

---

<sup>8</sup> Vgl. Schröder: U-Boote des Kaisers. 171f.

<sup>9</sup> Schröder: U-Boote des Kaisers. S. 172f.

<sup>10</sup> Die neuen Befehle fassten den aktuellen Befehlsstand zusammen und ersetzten damit die vorangegangenen Einzelbefehle, eine wirkliche Neuerung stellten sie dementsprechend nicht dar.

<sup>11</sup> Schröder: U-Boote des Kaisers. S. 174.

<sup>12</sup> Schröder: U-Boote des Kaisers. S. 179ff.

Boot-Offensive. Schließlich wurde ein vorübergehender Kompromiss gefunden, so dass im Februar der U-Boot-Handelskrieg wieder aufgenommen wurde. Die U-Boote sollten feindliche bewaffnete Handelsschiffe warnungslos versenken dürfen, während Passagierschiffe nach wie vor unter allen Umständen zu schonen seien. Mitte März wurde im Einvernehmen von Kaiser und Kanzler<sup>13</sup> der Handelskrieg verschärft. Fortan waren alle feindlichen Handelsschiffe im Kriegsgebiet von einer warnungslosen Versenkung bedroht, unabhängig davon, ob sie bewaffnet waren oder nicht. An den Befehlen Passagierschiffe betreffend änderte sich unterdessen nichts.

Trotz der dringenden Empfehlung des Militärs an die U-Boot-Kommandanten, ohne Vorwarnung und getaucht anzugreifen, gingen diese weiterhin überwiegend nach Prisenordnung vor. Tatsächlich zeigten die meisten Kommandanten sogar große Rücksichtnahme gegenüber den Schiffsbesatzungen, selbst wenn es sich dabei um Feinde handelte. Die ablehnende Haltung hochrangiger Militärs, das Vorgehen nach Prisenordnung betreffend, ließ sich also in keiner Weise mit der Realität des U-Boot-Krieges begründen. Dies jedoch wollten sie nicht wahrhaben oder haben es bewusst verschwiegen. Die Praxis der U-Boote zeigte deutlich, dass ein erfolgreicher Handelskrieg nach Prisenordnung und im Einklang mit dem Völkerrecht möglich war.<sup>14</sup>

Ein erneuter Angriff ohne Vorwarnung sollte schließlich wieder eine außenpolitische Krise provozieren. Am 24. März 1916 torpedierte *UB-29* die französische Fähre *Sussex*. Zwar waren unter den Toten diesmal keine Amerikaner, wohl aber wurden US-Bürger körperlich und materiell durch diesen Angriff geschädigt. Proteste der Neutralen, und vor allem der USA, die nun mit einem Abbruch der diplomatischen Beziehungen drohten und die Einstellung der gegenwärtigen Praxis des U-Boot-Handelskrieges forderten, folgten entsprechend. Dem Druck des Kanzlers nachgebend befahl der Admiralstab am 24. April schließlich, den U-Boot-Krieg nur noch strikt nach Prisenordnung zu führen.

Wie bereits die erste Offensive, so endet auch die zweite: Die Marine rief Ende April alle U-Boote, die um die britischen Inseln im Einsatz waren, zurück, da sie der Meinung war, ein Handelskrieg nach Prisenordnung sei mit U-Booten nicht machbar. In den folgenden Monaten kam der Handelskrieg gegen Großbritannien damit praktisch erneut zum Erliegen.

---

<sup>13</sup> Schröder: U-Boote des Kaisers. S. 200.

<sup>14</sup> Schröder: U-Boote des Kaisers. S. 203ff.

## 2.3 Die dritte Offensive – Oktober 1916 bis Januar 1917

Nach dem faktischen Ende der zweiten Offensive wurden die U-Boote primär für Flottenunternehmen eingesetzt. Die kaiserliche Flotte, bisher eher untätig, sollte endlich zum Einsatz gebracht werden. Am 31. Mai 1916 trafen schließlich beide Flotten, die britische und die deutsche, vor dem Skagerrak zusammen. Obwohl die Schlacht als taktischer Sieg für das Kaiserreich gewertet werden kann, brachte sie Deutschland keinerlei strategische Vorteile. Spätestens jetzt war klar, dass die kaiserliche Flotte nicht in der Lage sein würde, die britische Seeherrschaft zu brechen.<sup>15</sup> Zwar hatten die U-Boote an der Schlacht kaum Anteil, doch sollten sie nun zum letzten, ultimativen Mittel zur Erringung des Sieges verklärt werden.<sup>16</sup>

Unterdessen spitzte sich die gesamtmilitärische Lage, wie auch die Situation der deutschen Bevölkerung, bedrohlich zu.<sup>17</sup> Dem Drängen der Militärs auf den Beginn eines rücksichtslosen uneingeschränkten U-Boot-Krieges gab der Kaiser jedoch noch nicht nach. Im Oktober 1916 war das Deutsche Reich intensiv damit beschäftigt, ein Friedensangebot vorzubereiten, so dass der Kaiser lediglich die Wiederaufnahme des „eingeschränkten“ U-Boot-Krieges genehmigte. Den Kommandanten wurde jedoch zur Auflage gemacht, dass, bis auf Truppen- und Materialtransporter, alle Schiffe strikt nach Prisenerordnung zu behandeln seien.

Diese dritte Offensive entwickelte sich ausgesprochen erfolgreich, sowohl in militärischer Sicht im Hinblick auf die Versenkungszahlen, als auch in politischer, da kritische Zwischenfälle ausblieben.<sup>18</sup> Trotz dieser positiven Entwicklung versprachen sich die Militärs von einem Handelskrieg nach Prisenerordnung keine kriegsentscheidende Wirkung. Sie forderten weiterhin den Beginn des uneingeschränkten U-Boot-Krieges und sahen in einem solchen die Chance, den Krieg in kürzester Zeit siegreich zu beenden.<sup>19</sup> Auch die deutsche Presse und Öffentlichkeit übte immer stärkeren Druck aus, doch endlich mit dem uneingeschränkten Handelskrieg den Sieg zu erringen.<sup>20</sup> Die Friedensbemühungen des Kanzlers und des Kaisers verhinderten diesen Schritt jedoch noch.

---

<sup>15</sup> Schröder: U-Boote des Kaisers. S. 224f.

<sup>16</sup> Schröder: U-Boote des Kaisers. S. 226.

<sup>17</sup> Schröder: U-Boote des Kaisers. S. 255-257.

<sup>18</sup> Schröder: U-Boote des Kaisers. S. 241-250.

<sup>19</sup> Schröder: U-Boote des Kaisers. S. 250.

<sup>20</sup> Schröder: U-Boote des Kaisers. S. 264f.

## 2.4 Die vierte Offensive – ab Februar 1917

Als am 30. Dezember 1916 die Entente-Mächte das deutsche Friedensangebot ablehnten, und auch die Friedensbemühungen des amerikanischen Präsidenten an den Forderungen Großbritanniens und seiner Verbündeter scheiterten, verlor der Kaiser schließlich seine Geduld und seinen Glauben an die Richtigkeit eines zurückhaltenden Vorgehens im Handelskrieg.<sup>21</sup> Ohne den Rückhalt beim Kaiser vermochte jedoch auch der Kanzler einen uneingeschränkten U-Boot-Krieg nicht mehr zu verhindern. Politisch isoliert akzeptierte von Bethmann Hollweg am 9. Januar 1917 schließlich die Entscheidung des Kaisers: die Eröffnung des uneingeschränkten U-Boot-Krieges am 1. Februar.

Die vierte Offensive ging somit nahtlos aus der bisher sehr erfolgreichen dritten hervor. Am 31. Januar wurde den Neutralen der Beginn des uneingeschränkten Handelskrieges bekannt gegeben, in Folge dessen viele neutrale Staaten die diplomatischen Beziehungen zur Deutschland abbrachen, unter ihnen auch die Vereinigten Staaten. Dennoch vergingen noch gut zwei Monate, bis die USA dem Deutschen Reich den Krieg erklärten. Ob erst die weiteren Ereignisse in diesem Zeitraum Präsident Wilson zu einem Kriegseintritt bewegten, oder ob allein schon der Beginn des uneingeschränkten U-Boot-Krieges als Ursache ausreichend gewesen wäre, bleibt unklar.<sup>22</sup> Fakt ist, dass die USA dem Deutschen Reich am 6. April 1917 den Krieg erklärten.

In den nächsten Monaten sollte sich also die kriegsentscheidende Wirkung des von den Militärs und der Öffentlichkeit so eindringlich und über lange Zeit geforderten uneingeschränkten U-Boot-Handelskrieges endlich zeigen.

Am 11. November 1918 unterzeichnete das Deutsche Reich das Waffenstillstandsabkommen von Compiègne – und hatte den Krieg verloren.

---

<sup>21</sup> Schröder: U-Boote des Kaisers. S. 305.

<sup>22</sup> Vgl. Heitmann: Handelsunterseeboote. S. 281-284.

### 3. Unkalkuliertes Risiko oder risikoreiches Kalkül?

Wie bereits angedeutet wurde, kann nicht mit Sicherheit behauptet werden, die Erklärung des uneingeschränkten U-Boot-Krieges am 31. Januar 1917 habe zwangsläufig zum Kriegseintritt der USA auf Seiten der Entente geführt. Immerhin lagen zwischen Abbruch der diplomatischen Beziehungen mit dem Deutschen Reich am 3. Februar 1917 und der Kriegserklärung vom 6. April zwei Monate. Der Abbruch der diplomatischen Beziehungen war die logische Konsequenz auf die Eröffnung des uneingeschränkten U-Boot-Krieges, schließlich hatten die USA einen solchen Schritt bereits in ihrer Note vom 20. April 1916, nach dem Sussex-Zwischenfall, unmissverständlich angekündigt<sup>23</sup>.

Der Abbruch diplomatischer Beziehungen musste jedoch nicht notwendiger Weise auch zu einer Kriegserklärung führen. In den zwei Monaten zwischen diesen beiden Schritten hatte das Deutsche Reich den USA mit dem Bekanntwerden des Zimmermann-Telegramms und der warnungslosen Versenkung mehrerer US-Schiffe weitere Gründe für einen möglichen Kriegseintritt geliefert.<sup>24</sup>

Auf der anderen Seite bestand die Möglichkeit, dass die USA auch ohne die Eröffnung des uneingeschränkten U-Boot-Handelskrieges auf Seiten der Entente in den Krieg eingetreten wären. Schließlich unterstützten sie diese bereits massiv finanziell und materiell.<sup>25</sup>

Diese Überlegungen gehören freilich in das Reich der Spekulationen und lassen sich auch selbst durch ein ausführliches Quellenstudium wahrscheinlich nie gänzlich be- oder widerlegen. Unbestreitbar jedoch ist, dass die Kriegsgefahr zwischen dem Deutschen Reich und den USA seit Beginn des Handelskrieges mit Unterseebooten nicht von der Hand zu weisen war. Die deutsche Führung musste sich dessen bewusst gewesen sein, und sie war es auch. Schon ohne Quellenstudium, allein aus der Abfolge der Ereignisse, lässt sich erkennen, dass das Kaiserreich durchaus bemüht war, einen Bruch mit den USA zu vermeiden. Davon zeugen deutlich die wiederholten Einschränkungen des U-Boot-Krieges nach Protesten der Vereinigten Staaten. Und auch die Uneinigkeit in der Frage des U-Boot-Krieges innerhalb der deutschen Führung, welche bereits angedeutet wurde, sind eindeutig

---

<sup>23</sup> Spindler, Arno: Der Handelskrieg mit U-Booten. Bd. 3.(Der Krieg zur See 1914-1918. Hrsg. vom Marine-Archiv.) Berlin, 1934. S. 140.

<sup>24</sup> Vgl. Heitmann: Handelsunterseeboote. S. 281-284.

<sup>25</sup> Vgl. Schröder: U-Boote des Kaisers. S. 322ff.

auf einen möglichen Kriegseintritt der USA zurückzuführen.<sup>26</sup> Wenn aber Kaiser, Kanzler und Militärs die Gefahr eines Bruches mit den Vereinigten Staaten bewusst war, ja, wenn sie diesen sogar mehrfach durch diplomatisches Geschick und Entgegenkommen verhindert haben, wieso, muss man sich fragen, wurde dann entgegen der bisherigen Bemühungen dennoch am 9. Januar 1917 im Großen Hauptquartier in Pleß der Entschluss für die Eröffnung des uneingeschränkten U-Boot-Krieges getroffen?

Ob der Kriegseintritt der USA durch ein Ausbleiben des uneingeschränkten U-Boot-Krieges hätte verhindert werden können, diese Frage lässt sich nicht beantworten. Ob die deutsche Führung, wohl wissend um eine solche Gefahr, diese bewusst in Kauf genommen oder aber bei ihrer Entscheidungsfindung unbeachtet gelassen hat, dieser Frage lässt sich anhand der Quellen sehr wohl nachspüren. Die kommenden Ausführungen haben also zum Ziel, folgende Frage zu beantworten:

*War der Entschluss zur Eröffnung des uneingeschränkten U-Boot-Handelskrieges zum 1. Februar 1917 risikoreiches Kalkül, oder war es ein unkalkuliertes Risiko?*

### **3.1. Antworten in der Forschungsliteratur**

Welche Antworten auf diese Frage finden sich in der Forschungsliteratur bis zum heutigen Tage? Im Rahmen dieser Hausarbeit konnte die Literatur natürlich nicht vollständig erfasst werden. Dennoch, die herangezogenen Arbeiten, die bis in das Jahr 1925 zurück reichen, geben bereits einen soliden Überblick. Tatsächlich scheint die Frage nach Risiko oder Kalkül der deutschen Führung praktisch nie gestellt worden zu sein. Diese, im ersten Moment doch sehr erstaunlich anmutende Aussage, erklärt sich jedoch aus folgendem Umstand: Die Frage hat sich tatsächlich einfach nie gestellt, und zwar deswegen nicht, weil die historischen Fakten für sich selbst sprechen.

Für gewöhnlich werden bestimmte Fragestellungen an die Geschichte herangetragen und anhand von Quellenarbeit zu beantworten versucht. So werden auch längst schon ausführlich untersuchte historische Ereignisse immer wieder unter einem anderen Licht betrachtet und seziert, so dass neue Erkenntnisse gewonnen werden. Der Weg zum uneingeschränkten U-Boot-Handelskrieg und dem Kriegseintritt der Vereinigten Staaten ist

---

<sup>26</sup> Dies ist freilich erst einmal nur eine Behauptung, die jedoch auf den folgenden Seiten anhand von Quellen noch belegt werden wird.

anhand des umfangreichen Quellenbestands bereits ausführlich untersucht und vielfach dargestellt worden. Aber selbst wenn sich die Darstellungen unterscheiden oder gar in einigen Punkten widersprechen, so findet sich in keinem Fall eine explizite Beantwortung der Fragestellung, welche dieser Arbeit zugrunde liegt. Vielmehr wird diese Frage stets implizit beantwortet: Durch den dargestellten historischen Ablauf der Ereignisse wird dem Leser gar keine andere Wahl gelassen, als anzunehmen, dass sich das deutsche Kaiserreich absolut über die möglichen Konsequenzen der Eröffnung des uneingeschränkten U-Boot-Krieges im Klaren war und diese billigend in Kauf genommen hat – der rücksichtslose Handelskrieg also ganz klar risikoreiches Kalkül war.

Diese Behauptung anhand einiger konkreter Textstellen aus den vorliegenden Gesamtdarstellungen zu belegen ist jedoch kaum möglich, da diese eine Antwort nur implizit und erst nach der Lektüre eines Großteils des Textes geben. Gezielte Aussagen zu der Frage nach Risiko oder Kalkül finden sich in der Literatur daher praktisch nicht. Dennoch soll im Folgenden versucht werden, einige Beispiele zur Stützung der obigen Behauptung anzuführen.

Bereits Michelsen, vom Sommer 1917 an bis zum Kriegsende 1918 Befehlshaber der Unterseeboote, schreibt 1925:

„Der U-Bootskrieg in der Form, die allein zum Erfolge führen konnte, begann am 1. Februar 1917. Dem Anschluß Amerikas an unsere Feinde wurde dabei ins Auge gesehen [...].“<sup>27</sup>

Michelsen, zwar erst Monate nach der Entscheidung zum uneingeschränkten U-Boot-Krieg zum Führer der U-Boote ernannt, gibt offen zu, dass die deutsche Reichsführung ganz bewusst den möglichen Kriegseintritt der Vereinigten Staaten in Kauf genommen hat.

Zwölf Jahre später schreibt Stadler:

„Es war von der Obersten Heeresleitung kein Vabanquespiel auf die Eröffnung des uneingeschränkten U-Bootkriegs zu drängen, sondern dieser Beschluß war durch reife militärische Überlegungen zustande gekommen.“<sup>28</sup>

Zu einer Sitzung im Großen Hauptquartier in Pleß am 31. August 1916 schreibt Naudé in Bezug auf die Frage nach der Eröffnung des uneingeschränkten U-Boot-Krieges:

---

<sup>27</sup> Michelsen, Andreas: Der U-Bootskrieg. 1914-1918. Leipzig, 1925<sup>2</sup>. S. 33.

<sup>28</sup> Stadler, Otto: Der U-Bootkrieg gegen England und die deutsche Tagespresse vom 1. August 1914 bis zum 1. Februar 1917. München, 1937. S. 48.

„Voll Ernst wies auch er [Kanzler von Bethmann Hollweg] auf die Gefahr eines sicheren Bruches mit Amerika als Folge hin.“<sup>29</sup>

Bei dem Zitat von Naudé wird deutlich, was eingangs zu diesem Unterkapitel problematisiert wurde. Es handelt sich eben um keine pointierte Aussage, welche herangezogen werden könnte, um die Fragestellung dieser Arbeit entsprechend zu beantworten. Vielmehr steckt in dieser einen Aussage, wie auch in seinen gesamten weiteren Ausführungen, eine implizite Antwort. Die Ausführungen verbieten schlicht und ergreifend die Frage nach Risiko oder Kalkül, ihre Gewichtung liegt bereits eindeutig auf letzterem.

Mit der Literatur nach dem zweiten Weltkrieg verhält es sich kaum anders. Während Komplexität und historische Genauigkeit zunehmen und eine Voreingenommenheit dem Thema gegenüber entsprechend abnimmt, ändert sich an den reinen Tatsachenschilderungen wenig. Zumindest wurden offenbar keine neuen Quellen aufgetan, welche die Frage nach Risiko oder Kalkül hätten aufbringen können. So weist Assmann, selbst Chef der U-Boot-Flottille Flandern im Ersten Weltkrieg, in seiner „seestrategischen Studie“ darauf hin, dass „nach Ansicht der politischen Leitung die Eröffnung des uneingeschränkten U-Boots-Krieges den Bruch mit den Vereinigten Staaten [...] nach sich ziehen würde“.<sup>30</sup> Ein Jahr später konstatiert Birnbaum, dass nach der Sitzung in Pleß Ende August, bei welcher eine Entscheidung zum uneingeschränkten U-Boot-Krieg noch verschoben wurde, anschließend die Marine versucht habe, Hindenburg und Ludendorff, nun gemeinsam die inzwischen dritte Oberste Heeresleitung bildend, für den uneingeschränkten U-Boot-Krieg zu gewinnen. In Bezug auf ihre Argumente für denselben schreibt er:

„The danger from America, on the other hand, seems to have been almost completely disregarded in the arguments advanced by the navel authorities.“<sup>31</sup>

Nach Birnbaum hat die Marine also die Gefahren des zu erwartenden Bruches mit den USA vernachlässigt (disregarded), das heißt jedoch nicht, dass sie sich deren nicht bewusst waren. Hundert Seiten später schreibt er dazu:

---

<sup>29</sup> Naudé, Kurt: Der Kampf um den uneingeschränkten U-Boot-Krieg 1914-1917. Ein Beitrag zu dem Problem „Politik und Kriegführung“. Hamburg, 1941. S. 119.

<sup>30</sup> Assmann, Kurt: Deutsche Seestrategie in zwei Weltkriegen. Heidelberg, 1957. S. 87f.

<sup>31</sup> Birnbaum, Karl E.: Peace Moves and U-Boat Warfare. A Study of Imperial Germany's Policy towards the United States. April 18, 1916 – January 9, 1917. Uppsala, 1958. S. 170f.



„The consequences of an active American intervention in the war as a result of unrestricted U-boat warfare would, admitted Holtzendorff [zu der Zeit Chef des Admiralstabs] in his letter [an Hindenburg, 22. Dezember 1916], be so grave that everything ought to be done to prevent it. The fear of a break with the United States must not, however, cause Germany to renounce at the crucial moment the use of the weapon that promised victory.“<sup>32</sup>

Birnbaum, der an dieser Stelle schlicht den Inhalt des Briefes von Holtzendorff an Hindenburg in eigenen Worten wiedergibt, impliziert damit freilich automatisch, dass die Eröffnung des uneingeschränkten U-Boot-Krieges kein unkalkuliertes Risiko gewesen sein kann. Er gibt aber ebenfalls zu bedenken, dass die Oberste Heeresleitung ganz offensichtlich die Gefahren eines Kriegseintrittes der USA unterschätzt hat<sup>33</sup>, während der Kanzler von Bethmann Hollweg diese durchaus realistisch einschätzte<sup>34</sup>.

Spindler schreibt entsprechend in seinem Aufsatz aus dem Jahre 1958, dass der „deutsche Reichskanzler, das Auswärtige Amt, die Oberste Heeresleitung und der Admiralstab [...] es [den Kriegseintritt der USA] nicht anders erwartet“<sup>35</sup> hatten und stimmt damit mit Fischers Einschätzung sechs Jahre später überein<sup>36</sup>.

1970 gibt Stegemann jedoch zu bedenken, dass „vom rücksichtslosen Einsatz der U-Boote eine kriegsentscheidende Wirkung erwartet [wurde], ohne dass man sich in zivilen und militärischen Kreisen völlig bewußt war, daß diese Erwartungen auf Hypothesen beruhten und stark von psychologischen Momenten beeinflußt waren.“<sup>37</sup> Dennoch geht auch aus seinen übrigen Ausführungen hervor, dass die deutsche Führung um die Gefahren gewusst haben muss. Allerdings deutet er hier bereits mögliche Ursachen an, weshalb das Deutsche Reich dennoch diesen wahrscheinlich fatalen Schritt getan und den uneingeschränkten U-Boot-Krieg eröffnet hat. Darauf wird im letzten Kapitel noch genauer eingegangen werden.

1978 bezeichnet Geiss den Entschluss zum uneingeschränkten U-Boot-Handelskrieg, ganz im Gegensatz zu Stadler, durchaus als politisches und militärisches „Vabanquespiel“.<sup>38</sup>

---

<sup>32</sup> Birnbaum: Peace Moves. S. 278.

<sup>33</sup> Birnbaum: Peace Moves. S. 338.

<sup>34</sup> Birnbaum: Peace Moves. S. 328.

<sup>35</sup> Spindler, Arno: Der Meinungsstreit in der Marine über den U-Bootskrieg 1914-1918. In: Marine Rundschau 54 (1957). S. 242.

<sup>36</sup> Fischer, Fritz: Griff nach der Weltmacht. Die Kriegszielpolitik des kaiserlichen Deutschland 1914/18. Düsseldorf, 1964. S. 374.

<sup>37</sup> Stegemann, Bernd: Die Deutsche Marinepolitik. 1916-1918. (Historische Forschungen, Bd.4) Berlin, 1970. S. 148.

<sup>38</sup> Geiss, Imanuel: Das Deutsche Reich und der Erste Weltkrieg. München, Wien, 1978. S. 165.

1992 schließlich durchbricht Huber mit folgender Aussage scheinbar das bisherige Muster und gibt quasi eine konkrete Antwort auf die Fragestellung dieser Arbeit:

„Im übrigen hörte die U-Boot-Frage mit der Ablehnung des deutschen Friedensangebots auf, eine Frage des rational kalkulierten Risikos zu sein. Sie trat in die Phase der reinen Dezision, in der es nach der bekannten militärischen Faustregel nicht mehr darauf ankommt, ob „richtig“, sondern darauf, daß überhaupt entschieden wird.“<sup>39</sup>

Auch wenn die Äußerungen Geiss‘ und Hubers der einleitenden Behauptung dieses Unterkapitels zu widersprechen scheinen, nämlich dass die Literatur nicht konkret Stellung bezieht zu der Frage nach Risiko oder Kalkül, ja mehr noch, dass beide suggerieren, dass der uneingeschränkte U-Boot-Krieg doch eher von der deutschen Führung ein unkalkuliertes Risiko war, so ist zu bedenken, dass ihre weiteren Ausführungen durchaus in einem erheblichen Maße belegen, dass das Deutsche Reich sehr wohl um die Gefahren wusste und diese bedacht hatte.<sup>40</sup>

Auch die aktuellere Literatur bringt nicht viel Neues im Hinblick auf die Fragestellung dieser Arbeit. Nach Birnbaum zeigt auch Halpern, in dem er ebenfalls unter anderem den Brief von Holtzendorff an Hindenburg anführt, dass das Risiko des Kriegseintrittes der USA durchaus bekannt und ernst genommen wurde.<sup>41</sup> Weitere deutliche Aussagen in dieser Richtung finden sich sowohl bei Fontenoy<sup>42</sup>, als auch bei Salewski<sup>43</sup>. Nicht zu vergessen sind freilich auch Heitmann und Schröder, die in ihren umfassenden Werken ein sehr genaues Bild von den Ereignissen zeichnen, die schließlich zum Entschluss der Eröffnung des uneingeschränkten U-Boot-Handelskrieges führten.

Es bleibt also festzuhalten, dass praktisch sämtliche Literatur, wenn auch zumeist implizit, dem deutschen Kaiserreich ein zum Teil volles Bewusstsein der Gefahren und Konsequenzen des uneingeschränkten U-Boot-Krieges zuschreibt. Dies geschieht zumeist durch die Rekonstruktion der historischen Entwicklung anhand der zahlreichen Quellen. Ob das Bild, welches die Literatur vermittelt, tatsächlich stimmt, soll im Folgenden anhand ausgesuchter Quellen in dieser Arbeit nachvollzogen werden. Abschließend wird dann am

---

<sup>39</sup> Huber, Ernst R.: Weltkrieg, Revolution und Reichsneuordnung. 1914-1919. (Deutsche Verfassungsgeschichte. Seit 1789. Bd. 5) Stuttgart u.a., 1992 (Rev. Nachdruck der 1. Auflage). S. 276f.

<sup>40</sup> Vgl. Geiss: Das Deutsche Reich. S. 156-165. & Huber: Weltkrieg, S. 278.

<sup>41</sup> Halpern, Paul G.: A Naval History of World War I. London, 1995<sup>2</sup>. S. 338.

<sup>42</sup> Fontenoy, Paul E.: Submarine Warfare, Central Powers. In: Tucker, Spencer C.: World War I. Encyclopedia. Volume V. Santa Barbara, 2005. S. 1126.

<sup>43</sup> Salewski, Michael: Seekrieg. In: Hirschfeld, Gerhard u.a. (Hrsg.): Enzyklopädie Erster Weltkrieg. Paderborn, 2009 (aktualisierte und erweiterte Studienausgabe). S. 830.

Ende der Quellenuntersuchung explizit eine Antwort auf die Frage nach Risiko oder Kalkül gegeben werden.

## **3.2. Antworten in den Quellen**

Ob die finale Entscheidung für den uneingeschränkten U-Boot-Krieg ein unkalkuliertes Risiko oder aber risikoreiches Kalkül war, ergibt sich aus der Kenntnis und der Berücksichtigung der möglichen Gefahren und Konsequenzen, die ein solcher Schritt mit sich brachte. Wusste die deutsche Führung um die Risiken, und wenn ja, inwiefern floss dieses Wissen in die Entscheidung zum U-Boot-Krieg ein? Die Sekundärliteratur suggeriert, dass der Entschluss zum uneingeschränkten Handelskrieg risikoreiches Kalkül war. Anhand ausgewählter Quellen soll im Folgenden diese Darstellung geprüft und abschließend eine, von der Literatur unabhängige Antwort gegeben werden. Naheliegender wäre natürlich, sich auf die Quellen zum Tage der Entscheidung zu konzentrieren, doch würde dies zu kurz greifen. Der Entschluss zum uneingeschränkten Handelskrieg ist das Ergebnis eines langen Prozesses, der in der Versenkung des ersten Handelsschiffes durch ein deutsches U-Boot seinen Anfang nahm. Wenn also die vermeintlich entscheidenden Hinweise den Quellen zum 9. Januar 1917 zu entnehmen sind, so darf jedoch der gesamte Zeitraum zwischen der Versenkung der *Glitra* und der finalen Entscheidung nicht unberücksichtigt bleiben. Der Übersicht halber wird dieser Zeitraum noch weiter unterteilt.

### **3.2.1. Die Protestnoten der Vereinigten Staaten von Amerika**

Es gibt zwei Wege, eines Risikos oder einer Gefahr gewahr zu werden: entweder durch eigenes Erkennen, oder durch einen direkten Hinweis. Da die Frage nach Risiko oder Kalkül auf einen möglichen Kriegseintritt der USA abzielt, liegt nichts näher als zu untersuchen, ob die USA selbst das Deutsche Reich vor dieser Möglichkeit gewarnt hatten.

Wie bereits im zweiten Kapitel dargestellt, folgte nach der Kriegsgebietserklärung des Kaiserreiches, wie unter anderem auch nach dem Lusitania-, Arabic- und Sussux-Zwischenfall, ein ausführlicher Notenwechsel zwischen der Regierung der Vereinigten Staaten und jener Deutschlands. Auszüge aus drei US-Noten sollen im Folgenden näher betrachtet werden:

#### 12. Februar 1915 – als Reaktion auf die deutsche Kriegsgebietserklärung

„Die Amerikanische Regierung erachtet es [...] als ihre Pflicht, die Kaiserlich Deutsche Regierung in aufrichtiger Hochschätzung und mit den freundschaftlichen Gefühlen, aber doch ganz offen und ernstlich auf die sehr ernsten Folgen aufmerksam zu machen, die das mit der Bekanntmachung offenbar beabsichtigte Vorgehen möglicherweise

herbeiführen kann. Die Amerikanische Regierung schätzt diese möglichen Folgen mit solcher Besorgnis ein, daß sie es untern den obwaltenden Umständen als ihr Recht, ja, auch als ihre Pflicht erachtet, die Kaiserlich Deutsche Regierung zu ersuchen, vor einem tatsächlichen Vorgehen die kritische Lage zu erwägen, die in den Beziehungen der Vereinigten Staaten zu Deutschland entstehen könnte, falls die deutschen Seestreitkräfte in Befolgung der durch die Bekanntmachung des Admiralstabs angekündigten Maßnahmen irgendein Kauffahrteischiff der Vereinigten Staaten zerstörten oder den Tod eines amerikanischen Staatsangehörigen verursachten. [...] Sollte eine solche beklagenswerte Situation entstehen, so würde sich die Regierung der Vereinigten Staaten [...] genötigt sehen, die Kaiserlich Deutsche Regierung für solche Handlungen ihrer Marinebehörden streng verantwortlich zu machen und alle Schritte zu tun, die zum Schutze amerikanischen Lebens und Eigentums und zur Sicherung des vollen Genusses der anerkannten Rechte auf hoher See für die Amerikaner erforderlich sind.“<sup>44</sup>

#### 23. Juli 1915 – die dritte US-Note im Zusammenhang mit dem Lusitania-Zwischenfall

Ungesetzliche und unmenschliche Handlungen, so gerechtfertigt auch immer sie einem Feinde gegenüber erscheinen mögen, von dem angenommen wird, daß er unter Verletzung von Recht und Menschlichkeit gehandelt hat, sind offenbar nicht zu verteidigen, wenn sie Neutrale ihrer anerkannten Rechte berauben, insbesondere, wenn sie das Recht auf das Leben selbst verletzen. [...] Die Freundschaft selbst drängt sie, der Kaiserlichen Regierung zu sagen, daß die Regierung der Vereinigten Staaten eine Wiederholung von Handlungen, die Kommandanten deutscher Kriegsschiffe in Verletzung der neutralen Rechte begehen sollten, falls sie amerikanische Bürger betreffen, als vorsätzliche unfreundliche Akte betrachten müßte.“<sup>45</sup>

#### 20. April 1916 – als Reaktion auf die Torpedierung der französischen Kanalfähre Sussex

„Sofern die kaiserliche Regierung nicht jetzt unverzüglich ein Aufgeben ihrer gegenwärtigen Methoden des Unterseebootkrieges gegen Passagier- und Frachtschiffe erklären und bewirken sollte, kann die Regierung der Vereinigten Staaten keine andere Wahl haben, als die diplomatischen Beziehungen zur Deutschen Regierung ganz zu lösen.“<sup>46</sup>

Die Auszüge aus den US-Noten lassen nicht nur eine zunehmende Verschärfung des Tons gegenüber der deutschen Regierung erkennen, sie machen auch deutlich, dass die Vereinigten Staaten dem Deutschen Reich unmissverständlich mit Konsequenzen in Bezug auf einen uneingeschränkten U-Boot-Handelskrieg gedroht haben. Es ist äußerst unwahrscheinlich, dass dies der deutschen Führung verborgen geblieben sein sollte. Ob sie diese Drohungen dagegen auch ernst nahm, steht dabei erst einmal auf einem anderen Blatt<sup>47</sup>.

### **3.2.2. Botschafter Johann Heinrich Graf von Bernstorff**

Graf von Bernstorff war bis zum Abbruch der diplomatischen Beziehungen der deutsche Botschafter in den Vereinigten Staaten. In dieser Funktion war er direkt in die diplomatischen Verwicklungen eingebunden, die sich im Verlauf des Krieges zwischen

---

<sup>44</sup> Spindler: Handelskrieg. Bd. 1. S. 107-110.

<sup>45</sup> Spindler: Handelskrieg. Bd. 2. S. 178-180.

<sup>46</sup> Spindler: Handelskrieg. Bd. 3. S. 139f.

<sup>47</sup> Vgl. dazu auch Kapitel 3, S. 11, letzter Absatz.

den Vereinigten Staaten und dem Deutschen Reich ergaben. Damit war es seine vorrangige Aufgabe, der Regierung in der Heimat seine Einschätzungen, im Besonderen hinsichtlich des Standpunktes der USA bezüglich des uneingeschränkten U-Boot-Krieges, und im Allgemeinen auch hinsichtlich der generellen Stimmungslage dem Kaiserreich gegenüber mitzuteilen. Welchen Standpunkt Graf von Bernstorff auch immer vertrat, die deutsche Führung musste ihn ernst nehmen, wollte sie nicht ihre eigene Entscheidung, Bernstorff als Botschafter zu entsenden, ad absurdum führen.

Bereits zu Beginn der ersten U-Boot-Offensive wies der Botschafter die deutsche Regierung darauf hin, dass die Zerstörung schon eines einzigen amerikanischen Schiffes die beiden Staaten in einen Krieg stürzen könne.<sup>48</sup> In einem Telegramm vom 19. Februar 1915 schreibt Bernstorff:

„Indes würde meines Erachtens die Zerstörung amerikanischen Schiffes eine außerordentlich bedenkliche Erregung schaffen, welche die schlimmsten Folgen haben könnte.“<sup>49</sup>

Schon bevor die erste U-Boot-Offensive überhaupt voll zum Tragen kommen konnte, noch bevor es überhaupt zu konkreten Zwischenfällen und diplomatischen Verwicklungen gekommen war, schätzte der deutsche Botschafter in den Vereinigten Staaten mögliche Folgen bereits als kritisch ein.

Nach dem Lusitania-Zwischenfall telegraphiert Bernstorff in die Heimat, dass er „hoffe und glaube, daß wir über den vorliegenden Zwischenfall hinwegkommen werden, aber wenn sich solche wiederholen, ist hierfür nicht zu garantieren“.<sup>50</sup> Nach einer Unterredung mit Präsident Wilson folgte ein weiteres Telegramm am 2. Juni:

„Sein Bestreben [von Wilson] gehe auf gänzliche Aufhebung des Unterseebootkrieges. [...] Die sehr freundschaftlich verlaufene Unterredung darf nicht über Ernst der Lage täuschen. Wenn uns nicht gelingt, in der nächsten Note die öffentliche Meinung zu beruhigen, wird Wilson an Abbruch der Beziehungen nicht vorbeikommen.“<sup>51</sup>

Nach dem Arabic-Zwischenfall warnte Bernstorff erneut, dass „ja sowieso kein Zweifel“ bestünde, „daß ein neuer Arabic-Vorfall ohne weiteres zum Kriege führen würde“.<sup>52</sup>

---

<sup>48</sup> Schröder: U-Boote des Kaisers. S. 109.

<sup>49</sup> Spindler: Handelskrieg. Bd. 1. S. 134.

<sup>50</sup> Spindler: Handelskrieg. Bd. 2. S. 90.

<sup>51</sup> Spindler: Handelskrieg. Bd. 2. S. 159f.

<sup>52</sup> Zitiert nach Schröder: U-Boote des Kaisers. S. 181.

Schließlich, am 19. Januar 1917, nach dem finalen Entschluss des Kaisers, den uneingeschränkten U-Boot-Handelskrieg im Februar zu beginnen, gab Graf von Bernstorff in aller Deutlichkeit zu bedenken:

„Krieg unvermeidlich bei beabsichtigtem Vorhaben.“<sup>53</sup>

Zwar war zu diesem Zeitpunkt die Entscheidung bereits gefallen, doch hätte sie durchaus noch rückgängig gemacht werden können. Es zeigt sich also, dass die Stimmen aus den USA, seien es nun die diplomatischen Noten oder aber die warnenden Worte des deutschen Botschafters, die deutsche Führung stets vor der konkreten und realen Gefahr einer Kriegserklärung seitens der Vereinigten Staaten gewarnt hatten.

### **3.2.3. Kanzler Theobald von Bethmann Hollweg**

Der Kanzler, nicht nur eine zentrale Figur in der deutschen Politik des Kaiserreiches, sondern auch als entschiedener Gegner eines uneingeschränkten U-Boot-Handelskrieges, hatte er es immer wieder verstanden, die Forderungen der Militärs nach einem rücksichtslosen U-Boot-Krieg einzudämmen und den finalen Schritt zu verhindern. Seine Motive indes bedürfen noch einer Klärung.

Bereits am 14. November 1914 äußerte Hollweg, dass der U-Boot-Krieg nur dann in Erwägung gezogen werden solle, wenn die „Kriegserklärungen der neutralen Mächte mit großer Wahrscheinlichkeit vermieden werden“<sup>54</sup>. Zu diesem Zeitpunkt war die Frage nach einem uneingeschränkten Handelskrieg noch gar nicht gestellt worden. Einen Monat später, am 27. Dezember, nimmt der Reichskanzler ausführlich zur U-Boot-Frage Stellung:

„Die beabsichtigte U-Boots-Blockade trifft aber nicht nur unseren Feind England, sondern auch die Neutralen. [...] Es darf wohl zugegeben werden, daß das Torpedieren neutraler Schiffe mit den allgemeinen Regeln des Völkerrechts nicht ganz in Einklang zu bringen ist. Jedenfalls werden die Neutralen unter Berufung auf den Schutz des Völkerrechts Protest erheben und ihre bedrohten Interessen zu verteidigen suchen. Es fragt sich nun, inwieweit der Widerstand der Neutralen für uns gefährlich werden kann und wie weit den gegen England erwarteten Vorteilen nicht anderweite, durch die Haltung der Neutralen bedingte Nachteile gegenüberstehen. [...] Wird Amerika mangels genügender Streitkräfte uns auch kaum den Krieg erklären, so ist es doch imstande, den Handelsbankrott in gleicher Weise wie England über uns zu verhängen, sowie die Lieferung von Kriegsmaterial an unsere Feinde [...] zu betreiben.

---

<sup>53</sup> Bernstorff, Johann H.: Deutschland und Amerika. Erinnerungen aus dem fünfjährigen Kriege. Berlin, 1920. S. 358.

<sup>54</sup> Spindler: Handelskrieg. Bd. 1. S. 140f.

[...] Es fragt sich [jedoch], nicht ob, sondern wann die Maßregel – ohne Schädigung unserer Lage – ergriffen werden darf.“<sup>55</sup>

Der Reichskanzler zeigte in seiner Stellungnahme durchaus Bedenken den allgemeinen U-Boot-Handelskrieg betreffend, doch gab er auch zu erkennen, dass er nicht prinzipiell gegen eine solche Maßnahme war. Dennoch sprach er das Risiko der unsicheren Reaktion der Neutralen, insbesondere der Vereinigten Staaten, deutlich an.

Bereits ein halbes Jahr später, am 6. Mai 1915, schrieb von Bethmann Hollweg an den Chef des Admiralstabes Bachmann:

„Der U-Bootskrieg [...] erfordert neuerdings immer zahlreichere Opfer an neutralen Schiffen. Dieser Umstand ist in hohem Maße geeignet, nicht nur unsere guten Beziehungen zu den neutralen Mächten zu trüben, sondern auch ernste Verwicklungen nach sich zu ziehen und jene Mächte schließlich in das Lager unserer Feinde zu treiben.“<sup>56</sup>

In diesem Schreiben wird bereits deutlich, dass der Kanzler den U-Boot-Krieg zunehmend als ernste Bedrohung für die Beziehungen zu den Neutralen ansah, ja, dass er gar fürchtete, sie auf Seiten des Feindes in den Krieg hinein zu drängen.

Ein gutes weiteres halbes Jahr später äußerte sich der Reichskanzler erneut gegenüber dem Chef des Admiralstabes, diesmal in der Person von Admiral von Holtzendorff, dahingehend, dass es für ihn „außer Frage [stehe], daß der uneingeschränkte U-Bootskrieg Amerika und andere schwankende Neutrale auf die feindliche Seite bringen würde.“<sup>57</sup> Zu beachten ist, dass sich Hollwegs Bedenken gegen den uneingeschränkten U-Boot-Handelskrieg richteten, nicht jedoch im Allgemeinen gegen den U-Boot-Krieg als solchem.

Schließlich lehnt er jegliche Formen des uneingeschränkten U-Boot-Krieges in seiner sehr ausführlichen Denkschrift vom 29. Februar 1916 konsequent ab:

„Die Ankündigung des Unterseebootkrieges in den Formen, in denen ihn der Admiralstab durchführen will [...] würde als sichere Folge das Eintreten der Vereinigten Staaten in den Krieg auf der Seite unserer Gegner haben.“<sup>58</sup>

Der Reichskanzler beließ es in seiner Denkschrift jedoch nicht bei dieser Warnung. Vielmehr zählt er auch mögliche Folgen eines Kriegseintrittes der USA für das Deutsche

---

<sup>55</sup> Tirpitz, Alfred von: Politische Dokumente. Bd. 2. Deutsche Ohnmachtspolitik im Weltkriege. Hamburg und Berlin, 1926. S.292-295.

<sup>56</sup> Spindler: Handelskrieg. Bd. 2. S. 98f.

<sup>57</sup> Spindler: Handelskrieg. Bd. 3. S. 75.

<sup>58</sup> Spindler: Handelskrieg. Bd. 3. S. 94-101.

Reich auf. So werde der Wille des Feindes zum Durchhalten gestärkt, während die Moral der Mittelmächte leiden würde. Gleichzeitig würden der Entente enorme finanzielle wie auch materielle Unterstützungen zuteilwerden, wobei aber die Wahrscheinlichkeit eines direkten militärischen Eingreifens der USA gering eingeschätzt werde. Als Konsequenz sagt er schließlich ganz deutlich, dass der uneingeschränkte U-Boot-Krieg „aller Wahrscheinlichkeit nach nicht dem Siege, sondern dem Untergange entgegenführ[e]“<sup>59</sup>. Vermieden werden könne der Bruch mit den Vereinigten Staaten allerdings, sofern der U-Boot-Krieg in den Grenzen des Völkerrechts weitergeführt werde.

Der Reichskanzler von Bethmann Hollweg sah also spätestens ab Februar 1916 die katastrophalen Folgen für das Deutsche Reich im Falle des Kriegseintrittes der Vereinigten Staaten voraus. Diese Einschätzung, mit der er jedoch keineswegs alleine stand<sup>60</sup>, musste entsprechend auch den Militärs, ebenso wie dem Kaiser, wohl bekannt sein.

#### **3.2.4. Die Militärs**

Entgegen des ersten Eindruckes, den die Überschrift suggeriert, und der wohlmöglich auch aus der bisherigen Lektüre dieser Arbeit entstanden sein mag, kann unter „den Militärs“ keine homogene Gruppe verstanden werden. So muss zum Beispiel unterschieden werden zwischen der Marineführung und der Oberstern Heeresleitung. Mitunter wechselten auch die Verantwortlichen während des Krieges, und mit ihnen unter Umständen auch die vertretenen Ansichten. Zwar sind die Militärs durchaus jene, die schließlich entschieden den uneingeschränkten Handelskrieg forderten, doch finden sich auch in ihren Reihen vorsichtigere Stimmen oder gar Gegner eines solchen Unternehmens. Es ist daher mit gewissen Schwierigkeiten verbunden, den Militärs eine klare Linie zuzuschreiben. Aus diesem Grund können im Folgenden nur einige Stimmen angeführt werden, deren Einfluss in der Diskussion der deutschen Führung um den uneingeschränkten U-Boot-Krieg gewichtig genug war, um hier angeführt zu werden.

Admiral von Müller, den gesamten Krieg über Chef des Marinekabinetts, gehörte zu den äußerst gemäßigten Marineoffizieren, was die Frage des uneingeschränkten Handelskrieges anging. Dadurch war er für den Kanzler in seinem Bemühen gegen diesen immer

---

<sup>59</sup> Spindler: Handelskrieg. Bd. 3. S. 101.

<sup>60</sup> Auch die Staatssekretäre Delbrück, Jagow und Helfferich vertraten ähnliche Ansichten und scheuten sich ebenso nicht, diese offen zu vertreten und die politische wie die militärische Führung darauf hinzuweisen. Vgl. dazu Schröder: U-Boote des Kaisers. S. 161, 192, 281.



eine wichtige Stütze gewesen<sup>61</sup>, die ihm jedoch am Tag der finalen Entscheidung schließlich wegfallen sollte. Doch bis dahin hatte Müller immer eine abwägende Haltung eingenommen. So erklärte er sich am 22. Mai 1916 durchaus bereit, „die Brüskierung Amerikas in Kauf zu nehmen, wenn [das Deutsche Reich] erst den Rücken gegen Frankreich oder Rußland frei“ habe.<sup>62</sup> Am 29. September war er „überzeugt, daß [...] der rücksichtslose U-Bootkrieg den Krieg mit Amerika bringt“.<sup>63</sup> Drei Tage vor Weihnachten schrieb er jedoch wiederum, dass er „einen beschränkten U-Bootkrieg [...] einem unbeschränkten [...], aber Krieg mit Amerika, vor[ziehe]“.<sup>64</sup> Einen Tag vor der finalen Entscheidung des Kaisers im Januar 1917 sagte er dann aber doch Holtzendorff seine Unterstützung für den uneingeschränkten U-Boot-Krieg zu. Als Grund führte er die „gebesserte politische Lage“ an, welche „die Anwendung dieses Mittels mit einer vernünftigen Erfolgchance zuließe.“<sup>65</sup> Admiral von Müller machte seinen Standpunkt also jeweils abhängig von der Gesamtsituation Deutschlands. Er war sich der Kriegsgefahr mit den USA stets bewusst, hätte einen solchen allerdings gerne vermieden gesehen, schreckte aber auch nicht vor einem solchen zurück, sollte er es für erforderlich halten.

Admiral von Holtzendorff, seit September 1915 Chef des Admiralstabs, äußerte sich am 30. April 1916 in einem Brief an Admiral von Müller unter anderem auch zu der Gefahr für das Deutsche Reich, welche von einem Bruch mit den Vereinigten Staaten ausginge.

„Amerika protestiert gegen diese U-Bootskriegführung und bedroht uns mit Krieg. Militärisch würde dieser [...] wohl oder übel in Kauf zu nehmen sein, wirtschaftlich verschlimmert er unsere Lage wesentlich.“<sup>66</sup>

Am 31. August desselben Jahres gab er zu erkennen, dass „finis Germaniae [...] nicht in dem Einsatz, sondern im Verzicht auf die [U-Boot-]Waffe zu sehen“ sei.<sup>67</sup> Holtzendorff, der dem U-Boot-Krieg nach Prisenordnung nicht prinzipiell ablehnend gegenüber stand<sup>68</sup>, setzte sich schließlich also doch konsequent für die Eröffnung des rücksichtslosen Handelskrieges ein.

---

<sup>61</sup> Schröder: U-Boote des Kaisers. S. 301.

<sup>62</sup> Görlitz, Walter (Hrsg.): Regierte der Kaiser? Kriegstagebücher, Aufzeichnungen und Briefe des Chefs des Marine-Kabinetts Admiral Georg Alexander von Müller. 1914-1918. Göttingen u.a., 1959. S. 183.

<sup>63</sup> Görlitz: Regierte der Kaiser? S. 224.

<sup>64</sup> Görlitz: Regierte der Kaiser? S. 244.

<sup>65</sup> Görlitz: Regierte der Kaiser? S. 246.

<sup>66</sup> Spindler: Handelskrieg. Bd. 3. S. 144.

<sup>67</sup> Spindler: Handelskrieg. Bd. 3. S. 210.

<sup>68</sup> Schröder: U-Boote des Kaisers. S. 239.

Admiral von Pohl, zu Beginn des Krieges noch Chef des Admiralstabs<sup>69</sup>, ließ den Admiralstab die Durchführbarkeit eines Handelskrieges mit U-Booten gegen Großbritannien prüfen. Dieser merkte unter anderem an, dass die „Maßnahme [...] Neutrale an [die] Seite Englands drängen“ könne, und dass ein „Inkaufnehmen dieser Gefahr erst angebracht [sei], wenn Landkriegsführung soweit, daß Erfolg sicher erscheint, oder wenn unsere Lage verzweifelt.“<sup>70</sup> Aufgrund seines frühen Todes hatte Admiral von Pohl auf die Entscheidung zum uneingeschränkten U-Boot-Krieg zwar keinen Einfluss, doch das von ihm in Auftrag gegebene Gutachten zu Beginn des Krieges macht deutlich, dass bereits sehr früh die Risiken des rücksichtslosen Handelskrieges erwogen wurden.

General von Falkenhayn, bis zu seiner Ablösung durch Hindenburg und Ludendorff Chef des Generalstabs, sah ebenfalls das Risiko eines offenen Konfliktes mit den USA. In Anbetracht der ernsten Lage, in der sich das Deutsche Reich befände, hielt er es im September 1915 für unverantwortlich, diese weiter zu verschlimmern. „Ein offener Übertritt der Vereinigten Staaten auf die Seite der Feinde würde aber eine solche Verschlimmerung, und zwar eine sehr wesentliche, bedeuten.“<sup>71</sup> Er war daher der Ansicht, dass zum Zeitpunkt seiner Ausführungen ein Bruch mit den USA unbedingt zu vermeiden wäre.<sup>72</sup> Im Februar 1916 hatte er seine Meinung schließlich geändert und forderte offen den uneingeschränkten U-Boot-Krieg. Seine Argumentation hatte sich dabei vollständig umgekehrt:

„Gegen den Gewinn, die uns die Sicherheit, England niederzuringen, bringt, kann der Nachteil nicht ausschlaggebend ins Gewicht fallen, daß die Möglichkeit dadurch hervorgerufener Verwicklungen mit Neutralen besteht“.<sup>73</sup>

Der Wechsel der Obersten Heeresleitung Falkenhayns zu der Doppelführung von Hindenburg und Ludendorff schien im ersten Moment für den Kanzler von Vorteil zu sein, da Falkenhayn sich zu einem Verfechter des rücksichtslosen Handelskrieges entwickelt hatte.<sup>74</sup> Die beiden neuen Generäle verhielten sich in Bezug auf diese Frage vorerst zurückhaltend und abwartend. Beide hielten es Ende August 1916 für geboten, erst die

---

<sup>69</sup> Abgelöst von Admiral Bachmann, der dann wiederum von Admiral von Holtzendorff abgelöst wurde. Nach seiner Funktion als Chef des Admiralstabs war er ab Februar 1915 bis Januar 1916 Chef der Hochseeflotte, bevor er überraschend an Krebs verstarb.

<sup>70</sup> Spindler: Handelskrieg. Bd. 1. S. 199.

<sup>71</sup> Granier, Gerhard (Bearb.): Die deutsche Seekriegsleitung im Ersten Weltkrieg. Dokumentation. Bd. 3. (Materialien aus dem Bundesarchiv, Heft 9). Koblenz, 2000. S. 185.

<sup>72</sup> Granier: Seekriegsleitung. S. 185.

<sup>73</sup> Spindler: Handelskrieg. Bd. 3. S. 92.

<sup>74</sup> Schröder: U-Boote des Kaisers. S. 258.

militärische Lage zu Land gesichert zu wissen, bevor sie eine Entscheidung zu treffen wagten.<sup>75</sup> Am 24. Dezember scheinen Hindenburg und Ludendorff offenbar ihren Entschluss zum uneingeschränkten U-Boot-Krieg gefasst zu haben, denn Admiral von Müller vermerkt am selbigen in seinem Tagebuch:

„Hindenburg und Ludendorff seien durchaus der Ansicht, daß unsere militärische Lage gestatten werde – Ende Januar – auch eine Kriegserklärung Nordamerikas in Kauf zu nehmen.“<sup>76</sup>

Damit hatte sich auch die Dritte Oberste Heeresleitung, nach anfänglichem Zögern, schlussendlich für die Eröffnung eines uneingeschränkten U-Boot-Handelskrieges entschlossen.

### 3.2.5. Der Kaiser

Das Zentralgestirn der deutschen Führung war der Kaiser – alle Akteure in der Frage des uneingeschränkten U-Boot-Krieges kreisten gleichsam um ihn als letzte Entscheidungsinstanz, stets bemüht, ihn von ihrem eigenen Standpunkt zu überzeugen. Bis Ende 1916 schloss sich der Kaiser in den wesentlichen Zügen den Einschätzungen und Ansichten des Kanzlers an.<sup>77</sup> Doch stellt sich die Frage, wie der Kaiser selbst über den uneingeschränkten U-Boot-Krieg und die Kriegsgefahr mit den Vereinigten Staaten dachte. Direkte Äußerungen des Kaisers sind in den Quellensammlungen schwer zu finden. Vielmehr geben seine Befehle zumindest Aufschluss über die Entscheidungen, die er hinsichtlich dieser Frage getroffen hat. Wie bereits im Kapitel zum historischen Abriss gezeigt wurde, verhielt der Kaiser sich sehr vorsichtig gegenüber den USA. Immer wieder machte er Zugeständnisse, immer wieder ließ er den U-Boot-Krieg einschränken, um einen Bruch zu vermeiden. Deutlich zeigt sich in dieser Tatsache der Einfluss des Kanzlers.

Am 1. Juni 1915 ergeht ein Befehl an die Flotte und das Marinekorps:

„Seine Majestät der Kaiser lassen erneut eindringlich auf die Notwendigkeit hinweisen, bis auf weiteres neutrale Schiffe bei der Führung des U-Bootskrieges zu schonen. Weitere Angriffe auf neutrale Schiffe würden die Gefahr ernster politischer Verwicklungen entstehen lassen, die unter den jetzigen Verhältnissen durchaus vermieden werden müssen.“<sup>78</sup>

---

<sup>75</sup> Spindler: Handelskrieg. S. 212.

<sup>76</sup> Görlitz: Regierte der Kaiser? S. 244.

<sup>77</sup> Vgl. Schröder: U-Boote des Kaisers. S. 201, 263, 289.

<sup>78</sup> Spindler: Handelskrieg. Bd. 2. S. 102.

Ein Bruch mit den Neutralen sollte also auf direkten Wunsch des Kaisers vermieden werden, allerdings nur aufgrund der zu diesem Zeitpunkt aktuellen Umstände. Ohne diese Rahmenbedingungen, auf die in dem Befehl nicht näher eingegangen wird, sei demnach durchaus ein uneingeschränkter U-Boot-Handelskrieg zu führen und damit auch ein möglicher Bruch mit den Neutralen hinzunehmen.

Wenige Monate später, im September, äußerte sich der Kaiser dahingehend, dass ein Bruch mit den USA „unbedingt vermieden werden“ müsse.<sup>79</sup> Seine Bedenken erklärte der Kaiser im März des folgenden Jahres folgendermaßen:

„Als Staatsoberhaupt müsse er den Bruch mit Amerika und den Übergang weiterer Neutralen zu den Gegnern sehr ernst bewerten. Es ginge in der Tat um Krone und Reich.“<sup>80</sup>

Am 3. Oktober 1916 schreibt Admiral von Müller in sein Tagebuch:

„Abends sprach der Kaiser mit mir darüber und erklärte dabei, es fiel ihm gar nicht ein, jetzt den verschärften U-Bootkrieg zu machen. Denn die Umstände, die im Frühjahr dagegen gesprochen, beständen jetzt auch noch.“<sup>81</sup>

Der Kaiser sah also durchaus die Gefahr eines möglichen Kriegseintrittes der Vereinigten Staaten auf Seiten seiner Feinde, doch lehnte er deswegen den rücksichtslosen Handelskrieg nicht kategorisch ab. Vielmehr erschien es ihm geboten, einen Bruch mit den USA und den anderen Neutralen nur unter Umständen zu riskieren, in denen das Deutsche Reich die möglichen negativen Folgen verkraften könne. Es soll jedoch nicht verschwiegen werden, dass den Kaiser durchaus auch humanitäre Bedenken umtrieben. So zitiert Müller den Kaiser mit den Worten: „Ich würde als U-Bootkommandant nie ein Schiff torpedieren, auf dem ich Frauen und Kinder erkenne.“<sup>82</sup>

### **3.3. Der 9. Januar 1917, Großes Hauptquartier, Pleß**

Alles Für und Wider der vorangegangenen Ausführungen fand am 9. Januar 1917 ein jähes Ende. An diesem Tage entschied der Kaiser endgültig und ohne Kompromisse, dass der uneingeschränkte Handelskrieg am 1. Februar zu beginnen habe. Während dieser Kronratssitzung waren neben dem Kaiser und dem Kanzler auch die Dritte Obererste

---

<sup>79</sup> Vgl. Schröder: U-Boote des Kaisers. S. 180.

<sup>80</sup> Spindler: Handelskrieg. Bd. 3. S. 101.

<sup>81</sup> Görlitz: Regierte der Kaiser? S. 225.

<sup>82</sup> Görlitz: Regierte der Kaiser? S. 158. Vgl. dazu auch Schröder: U-Boote des Kaiser. S. 196.

Heeresleitung und Admiralstabschef Holtzendorff anwesend. Zwar erhielten sie alle noch einmal die Möglichkeit, sich zu dem Sachverhalt des uneingeschränkten U-Boot-Handelskrieges zu äußern, doch stand die Entscheidung des Kaisers bereits fest.<sup>83</sup> Da auch Admiral Müller dem Kanzler hatte zu erkennen gegeben, dass er die Forderungen des Admiralstabschefs und der Obersten Heeresleitung nun ebenfalls unterstütze<sup>84</sup>, war der Reichskanzler nun praktisch isoliert in seinem Bestreben, den rücksichtslosen Handelskrieg zu verhindern und beugte sich schließlich den Forderungen der Militärs und der Entscheidung des Kaisers. Freilich hatte er ein letztes Mal seine Bedenken geäußert, doch erklärte er schließlich, dass er angesichts der Haltung der Obersten Heeresleitung und der Marine seinen Widerstand aufgebe.<sup>85</sup> Im Parlamentarischen Untersuchungsausschuss äußerte sich von Bethmann Hollweg hinsichtlich der getroffenen Entscheidung am 9. Januar später:

„Daß dem Entschluß zum unbeschränkten U-Bootskrieg jede Möglichkeit einer weiteren Betätigung des Präsidenten im Sinne der Herbeiführung des Friedens abgeschnitten wurde, darüber bestand Klarheit. Der U-Bootskrieg bedeutete den Bruch und in weiterer Folge den Krieg mit Amerika. Hierum drehten sich seit Jahren die Auseinandersetzungen zwischen der militärischen und der politischen Führung. Das Entscheidende war, daß die Oberste Heeresleitung nunmehr selbst entschlossen war, auch das Risiko Amerika auf sich zu nehmen, und daß sie es dabei auch auf die Machtprobe mit der politischen Leitung ankommen lassen wollte.“<sup>86</sup>

Es besteht also kein Zweifel, dass am 9. Januar 1917 im Großen Hauptquartier in Pleß alle Anwesenden sich vollends darüber bewusst waren, dass ihre Entscheidung als Konsequenz die Vereinigten Staaten von Amerika gegen das Deutsche Reich in den Krieg zwingen würde.

---

<sup>83</sup> Schröder: U-Boote des Kaisers. S. 304.

<sup>84</sup> Schröder: U-Boote des Kaisers. S. 305.

<sup>85</sup> Schröder: U-Boote des Kaisers. S. 309.

<sup>86</sup> Spindler: Handelskrieg. Bd. 3. S. 373f.

## 4. Fazit

War die Entscheidung des Kaisers, welche schließlich sowohl von den Militärs wie auch vom Reichskanzler mitgetragen wurde, ein unkalkuliertes Risiko, oder war sie ein risikoreiches Kalkül? Da der zentrale Punkt dieser Fragestellung der mögliche Kriegseintritt der USA ist, lässt sich nun spätestens nach der Untersuchung der Quellen sagen:

*Die Entscheidung zum uneingeschränkten U-Boot-Handelskrieg war eindeutig risikoreiches Kalkül!*

Sie war deshalb Kalkül, weil allen Beteiligten die Konsequenzen eines Kriegseintrittes bewusst waren. Warum aber haben sie dennoch diese Entscheidung getroffen? Der Kaiser selbst hatte doch auf die ernsten Folgen eines Bruches mit den USA hingewiesen.<sup>87</sup>

Die Gesamtlage des Deutschen Reiches zum Zeitpunkt der Entscheidung war äußerst ungünstig. Im Winter 1916/17 brach die Ernährung der Bevölkerung praktisch zusammen, die Menschen hungerten nun nicht mehr „nur“, sie verhungerten.<sup>88</sup> Die militärische Lage war ebenfalls ungünstig. Zwar war der Rumänienfeldzug erfolgreich beendet worden, doch war der Krieg nicht mehr siegreich auf dem Wege des Landkrieges zu beenden.<sup>89</sup> Die Friedensbemühungen Deutschlands, als auch jene der amerikanischen Präsidenten, scheiterten schließlich an der Entente.<sup>90</sup>

In dieser Situation versprach eine Vorlage Holtzendorffs, nicht nur die Niederringung Englands durch den uneingeschränkten U-Boot-Krieg binnen sechs Monaten, sondern auch, dass die USA keine bedeutende Bedrohung für das Deutsche Reich darstellten. Holtzendorff kam

„daher zu dem Schluß, daß ein uneingeschränkter U-Bootkrieg [...] selbst den Bruch mit Amerika in Kauf nehmen muß, weil uns gar keine andere Wahl bleibt. Ein bald einsetzender uneingeschränkter U-Bootkrieg ist also trotz der Gefahr eines Bruches mit Amerika das richtige Mittel, den Krieg siegreich zu beenden. Es ist auch der einzige Weg zu diesem Ziel“.<sup>91</sup>

Eine Schlussfolgerung, der sich Militärs und Kaiser im Januar 1917 anschlossen...

---

<sup>87</sup> Vgl. Kapitel 3.2.5.

<sup>88</sup> Schröder: U-Boote des Kaisers. S. 256.

<sup>89</sup> Schröder: U-Boote des Kaisers. S. 260.

<sup>90</sup> Schröder: U-Boote des Kaisers. S. 293f.

<sup>91</sup> Granier: Seekriegsleitung. S. 456-462.

## 5. Literaturverzeichnis

**ASSMANN, KURT:** Deutsche Seestrategie in zwei Weltkriegen. Heidelberg, 1957.

**BERNSTORFF, JOHANN H.:** Deutschland und Amerika. Erinnerungen aus dem fünfjährigen Kriege. Berlin, 1920.

**BIRNBAUM, KARL E.:** Peace Moves and U-Boat Warfare. A Study of Imperial Germany's Policy towards the United States. April 18, 1916 – January 9, 1917. Uppsala, 1958.

**FISCHER, FRITZ:** Griff nach der Weltmacht. Die Kriegszielpolitik des kaiserlichen Deutschland 1914/18. Düsseldorf, 1964.

**FONTENOY, PAUL E.:** Submarine Warfare, Central Powers. In: Tucker, Spencer C.: World War I. Encyclopedia. Volume V. Santa Barbara, 2005. S. 1125-1129.

**GEISS, IMANUEL:** Das Deutsche Reich und der Erste Weltkrieg. München, Wien, 1978.

**GÖRLITZ, WALTER (Hrsg.):** Regierte der Kaiser? Kriegstagebücher, Aufzeichnungen und Briefe des Chefs des Marine-Kabinetts Admiral Georg Alexander von Müller. 1914-1918. Göttingen u.a., 1959.

**GRANIER, GERHARD (Bearb.):** Die deutsche Seekriegsleitung im Ersten Weltkrieg. Dokumentation. Bd. 3. (Materialien aus dem Bundesarchiv, Heft 9). Koblenz, 2000.

**HALPERN, PAUL G.:** A Naval History of World War I. London, 1995<sup>2</sup>.

**HEITMANN, JAN:** Unter Wasser in die Neue Welt. Handelsunterseeboote und kaiserliche Unterseekreuzer im Spannungsfeld von Politik und Kriegführung. Berlin, 1999.

**HUBER, ERNST R.:** Weltkrieg, Revolution und Reichsneuordnung. 1914-1919. (Deutsche Verfassungsgeschichte. Seit 1789. Bd. 5) Stuttgart u.a., 1992 (Rev. Nachdruck der 1. Auflage).

**MICHELSEN, ANDREAS:** Der U-Bootskrieg. 1914-1918. Leipzig, 1925<sup>2</sup>.

**NAUDÉ, KURT:** Der Kampf um den uneingeschränkten U-Boot-Krieg 1914-1917. Ein Beitrag zu dem Problem „Politik und Kriegführung“. Hamburg, 1941.

**SALEWSKI, MICHAEL:** Seekrieg. In: Hirschfeld, Gerhard u.a. (Hrsg.): Enzyklopädie Erster Weltkrieg. Paderborn, 2009 (aktualisierte und erweiterte Studienausgabe). S. 828-832.

**SCHRÖDER, JOACHIM:** Die U-Boote des Kaisers. Die Geschichte des deutschen U-Boot-Krieges gegen Großbritannien im Ersten Weltkrieg. (Subsidia Academica, Reihe A, Band 3) Lauf a. d. Pegnitz, 1999.

**SPINDLER, ARNO:** Der Meinungsstreit in der Marine über den U-Bootskrieg 1914-1918. In: Marine Rundschau 54 (1957). S. 235-245.

**SPINDLER, ARNO:** Der Handelskrieg mit U-Booten. Bd. 1. (Der Krieg zur See 1914-1918. Hrsg. vom Marine-Archiv.) Berlin, 1932.

**SPINDLER, ARNO:** Der Handelskrieg mit U-Booten. Bd. 2. (Der Krieg zur See 1914-1918. Hrsg. vom Marine-Archiv.) Berlin, 1933.

**SPINDLER, ARNO:** Der Handelskrieg mit U-Booten. Bd. 3. (Der Krieg zur See 1914-1918. Hrsg. vom Marine-Archiv.) Berlin, 1934.

**STADLER, OTTO:** Der U-Bootkrieg gegen England und die deutsche Tagespresse vom 1. August 1914 bis zum 1. Februar 1917. München, 1937.

**STEGEMANN, BERND:** Die Deutsche Marinepolitik. 1916-1918. (Historische Forschungen, Bd.4) Berlin, 1970.

**TIRPITZ, ALFRED VON:** Politische Dokumente. Bd. 2. Deutsche Ohnmachtspolitik im Weltkriege. Hamburg und Berlin, 1926.